

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Das neue Geld.

Der Übergang zur neuen Währung ist, wie wir heute morgen bereits mitteilen konnten, vom Reichskabinett beschlossen worden. Neben der Papiermark und unabhängig von ihrer Kursgestaltung wird ein neues Zahlungsmittel, Rentenmark genannt, geschaffen, das sich von der gänzlich ungedeckten Papiermark in einem Punkte wesentlich unterscheidet, nämlich, daß sie durch Besitztitel gedeckt ist. Eine Rentenbank soll gegründet werden, welche auf Grund von Goldgrundschulden der Landwirtschaft und entsprechenden Schuldverschreibungen der Industrie neue Zahlungsmittel herausgibt, die jederzeit in Goldrentenbriefe umgetauscht werden können. Das neue Geld, das geschaffen wird, ist nur als eine Zwischenlösung anzusehen.

Dadurch, daß das neue Geld gedeckt ist, wird es fraglos wertbeständiger sein als es die Papiermark bisher war. Schon in der ersten Hälfte des nächsten Monats werden die neuen Scheine in Höhe von 1, 2, 3, 5, 10, 50, 100 und 1000 Rentenmark im Verkehr erscheinen, die die Unterschrift der 14 aus Landwirtschaft, Industrie, Großbanken und Handel gestellten Verwaltungsratsmitglieder tragen. Dieses äußere Zeichen bezeugt die Solidität der Rentenbank, die der Erwerbsstände für das neue Geld. Es unterscheidet sich von der bisherigen Reichsbanknote überhaupt dadurch, daß es nicht mehr vom Staate ausgegeben wird, und auch nicht mehr durch neue Schulden des Staates beliebig vermehrt werden kann. Die Rentenbank ist dem Reiche gegenüber durchaus selbständig bis auf einige Sicherungen, welche ihre Haftung dem Reiche läßt. Dieses kann das Recht der Rentenbank, Rentenbriefe und dementsprechend Rentenmark auszugeben, ausüben. Es bestätigt den Präsidenten der Bank, der vom Verwaltungsrat vorgeschlagen wird. Im übrigen aber sind die Befugnisse der Währungsbank gegenüber dem Reiche und die des Reiches gegenüber dem neuen Geldinstitut genau abgegrenzt und die enge Verquickung zwischen Staatshaushalt und Geldschöpfung hört auf.

Das gilt auch für die Papiermark. Von dem Tage an, an dem die Rentenbank die neuen Geldzeichen dem Verkehr übergibt, darf das Reich keine neuen Schatzwechsel mehr ausstellen, die Reichsbank also keine neuen ungedeckten Noten mehr drucken. Damit ist, wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, der Entwertung der Papiermark ein gewisses Ziel gesetzt.

Um schon in der Zwischenzeit den Bedarf der Wirtschaft an wertbeständigen Zahlungsmitteln einigermaßen zu befriedigen, sollen kleine Goldanleihestücke bis zum Gesamtbetrag von 200 Millionen Goldmark in den Verkehr gebracht werden. Man will auch dafür Sorge tragen, daß das umfängliche und verlustbringende Verfahren, das heute mit dem Erwerb und der Veräußerung von Goldanleihestücken verbunden ist, vereinfacht wird. Goldanleihe soll demnächst an den Schaltern der Reichsbank zum Tageskurs angekauft und verkauft werden, in ähnlicher Weise wie jetzt fremde Geldsorten gewechselt werden. Es wäre dringend zu wünschen, daß auch die privaten Banken sich diesem vereinfachten Verfahren anschließen.

Ueber die Aussichten des neuen Geldes und seine Wirkung auf die Wirtschaft läßt sich nicht viel Bestimmtes prognostizieren. Die Währungsfrage ist ja nur ein Ausschnitt aus dem Gesamtproblem der Inflationswirtschaft. Die Reichsregierung scheint fest entschlossen zu sein, die Sanierung der Staatsfinanzen mit größter Energie zu betreiben. Gelingt sie und gelangt die Steigerung der Produktivität der Gesamtwirtschaft, so muß sich die Tatsache, daß das neue Geld auf dem sichersten Weg der deutschen Wirtschaft, den Produktionsmitteln, beruht, auswirken in einer größeren Wertbeständigkeit des Geldes. Diese erhöhte Wertbeständigkeit aber müßte dazu führen, daß die wahnwitzige Flucht aus der deutschen Währung in die Ware und in fremde Zahlungsmittel wie auch in Effekten nachläßt, daß also die Umsatzaufgeschwindigkeit des Geldes sich verlangsamt. Tritt das aber ein, so besteht die Gefahr nicht mehr, daß die neu geschaffenen Zahlungsmittel bis zu einer Gesamthöhe von 2,4 Milliarden Goldmark eine Inflation bewirken.

Dafür bürgt bis zu einem gewissen Grade auch die Beteiligung der Industrie und Landwirtschaft an der neuen Währungsbank. Wir zweifeln gar nicht daran, daß im Falle eines Interessentkonflikts in einer derartigen Bank das Profitinteresse sehr bald den Sieg über das Gesamtinteresse davontragen würde, daß man also ruhig das neue Geld der Entwertung preisgibt, wenn der Privatwirtschaft aus einer neuen Geldentwertung ein größerer Gewinn winkt. Hier ist aber eine wirkliche Hemmung eingeschaltet. Einmal kümmert sich der Staat nicht mehr darum, ob man ihn selbst in Papiermark oder in Rentenmark bezahlt, die Steuern werden stets nach dem Goldwert erhoben. Ein gewisser Bedarf der beteiligten Kreise an Rentenmark wird in der nächsten Zeit dadurch herbeigeführt, daß die 6prozentige Verzinsung der Grundschulden und Goldschuldverschreibungen an die Rentenbank in Rentenmark zu leisten ist. Schließlich wirkt in der Richtung der Wertbeständigkeit auch die Tatsache, daß die Rentenbriefe, gegen die die Rentenmark eingelöst werden kann, nach dem Goldwert zu verzinsen und zu tilgen sind. Auf diese Weise entsteht auf ganz bestimmten Gebieten den Sachwertbesitzern fortan bei einer Entwertung des neuen Geldes kein

Gewinn mehr, und es ist das ein nicht zu unterschätzender psychologischer Faktor, um einer neuen Geldentwertung entgegenzuwirken. Um so verhängnisvoller wäre es, wenn man auf dem Wege über die Reichsbank Kredite in Bodenmark vergeben und nicht wertbeständig sichern würde. Die Erwägungen über die Gestaltung des Kreditverkehrs mit der Privatwirtschaft sind noch im Gange, und es steht bis jetzt lediglich fest, daß die Rentenbank selbst keine Kredite an die Privatunternehmer vergibt, daß vielmehr alle Kredite bis zu einer Gesamthöhe von 1200 Millionen Goldmark über die Reichsbank und über die privaten Notenbanken geleistet werden. Bis zu der gleichen Höhe kann das Reich seinerseits den Kredit der Rentenbank in Anspruch nehmen.

Die Arbeiterschaft wird von der Rentenmark soviel zu Gesicht bekommen, als sie durch ihre gewerkschaftliche Macht durchzusetzen vermag. Gesetzliches Zahlungsmittel bleibt die Papiermark, die jetzt durch das Abstoppen der Notenpresse eine gewisse Wertesicherheit erhalten soll. Daneben wird die Rentenmark als Zahlungsmittel zugelassen sein. Im täglichen Verkehr also wird die Papiermark noch auf längere Zeit hinaus eine große Rolle spielen. Es wird aber immerhin möglich sein, die Zahlung eines bestimmten Betrages oder des ganzen Lohnes in Rentenmark auszuhandeln, und es wird sogar notwendig sein, wenn die Schwankungen der Papiermark anhalten sollten. Um die Milliardenrechnungen in Papiermark, die heute infolge der Geldentwertung üblich geworden sind, zu beseitigen, ist beabsichtigt, eine Denomination vorzunehmen, sobald die Verhältnisse sich beruhigt haben, d. h. entsprechend dem tatsächlichen Wert der Papiermark etwa 1 Milliarde auf 1 Mark herunterzusetzen.

Alles in allem trägt der Versuch, den die Reichsregierung jetzt unternimmt, immer noch viele Bedenken in sich, die auch an dieser Stelle geäußert worden sind. Ob die Absicht, zu einer größeren Wertbeständigkeit zu kommen, gelingen wird, und endlich einmal zur Rechnung in tatsächlichen festen und gesetzlich zugelassenen Wertseinheiten führen wird, hängt nicht allein von technischen Momenten ab. Man ist sich bewußt, hier eine Zwischenlösung erreicht zu haben und damit nur eine Etappe auf dem Wege zu dem Endziel, der wirklichen Goldwährung. Ob und wann diese durchführbar ist, hängt nicht nur von der kommenden wirtschaftlichen Gestaltung in Deutschland, sondern auch in hohem Maße von der weiteren Entwicklung der Reparationsfrage ab. Hält die Regierung ihr Versprechen, mit größter Intensität an der Befundung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage zu arbeiten, so wird der Erfolg nicht ausbleiben und mindestens für eine Zeitlang eine Beruhigung des Geldmarktes eintreten, wofür nicht diese Aufbautätigkeit wieder zerstört wird durch mutwillig herbeigeführte Konflikte zwischen dem Unternehmertum, das jetzt seine eigenen Ziele zu verfolgen sucht, und der Arbeiterschaft, die bei allem Verständnis für die wirtschaftliche Not und bei aller Bereitwilligkeit ihrerseits, an der Befundung Deutschlands mitzuarbeiten, sich ihre Waffen im Kampf um die Selbsterhaltung nicht entringen lassen kann.

Der Verwaltungsrat der Rentenbank.

Der Präsident der neuen Rentenbank ist noch nicht ernannt.

Ihr Verwaltungsrat besteht aus vierzehn Mitgliedern und setzt sich nach den Wirtschaftsständen folgendermaßen zusammen:

Landwirtschaft: Abg. Dr. Koesike, Vorsitzender des Reichslandbundes; Abg. Dietrich, Vorsitzender des Generalverbandes der deutschen Raiffeisen-Genossenschaften; Regierungsrat Dr. Gennes, Vorstand des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften; Dr. Grone-Münzbrock, Geschäftsführendes Mitglied der deutschen Bauernvereine; Hüger, Vor-

Zurückhaltung an der Börse.

Dollar amtlich 4100 Millionen.

Auf den Devisenverkehr blieben die heutigen Kräfte zunächst ohne merklichen Einfluß. Die Kurse des Frühverkehrs konnten sich halten. Die Geschäftstätigkeit war sehr gering. Für Dollars nannte man zuerst 4 Milliarden, späterhin 4,8 Milliarden. Pfunde wurden zwischen 19 und 21 Milliarden gehandelt. Dollarkurse waren eher angeboten. Der erste Kurs war 4,1 Milliarde, später wurden 4,9 geboten. Goldanleihe bewegte sich zwischen 3,8 und 3,9 Milliarden. Effekten scheinen stärker angeboten zu sein. Ein fester Grundzug ist nicht zu erkennen, jedoch ist die Kaufneigung gering. Kurse waren kaum zu hören.

Beim amtlichen Verkehr hatte sich die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln inzwischen beträchtlich gesteigert, so daß die Reichsbank wieder erheblich schärfer als an den Vorlagen Reparierungen vornehmen mußte.

Amerika wurde amtlich bei 50prozentiger Zuteilung auf 4,1 Milliarden, England bei 50prozentiger Zuteilung auf 18,5 Milliarden und Holland bei 50prozentiger Zuteilung auf 1,6 Milliarden festgelegt.

Die Reichsbank betont, daß ihr große Mittel für die Intervention zur Verfügung stehen. Nach der amtlichen Kursfestsetzung kletterten Dollar auf 5 Milliarden und Pfunde auf 22 Milliarden.

stehender des Reichslandbundes; Bauernführer Dr. Heim und Brandes.

Industrie: Abg. Sorge, Mitglied des Fried.-Krupp-Direktoriums; Abg. v. Siemens und Geheimrat Bäder vom Reichsverband der deutschen Industrie.

Großbanken: Urbig, Geschäftsinhaber der Disconto-Gesellschaft und ein Vertreter der Deutschen Bank, wahrscheinlich Direktor Wassermann.

Groß- und Kleinhandel: Abg. Reinath, Geschäftsführer des Zentralverbandes für den deutschen Großhandel und Großkaufmann Grünfeld.

Der belgische Ausgleich.

London, 16. Oktober. (W.T.B.) Der belgische Außenminister Jaspars erklärte in einer Unterredung mit dem Brüsseler Berichtserstatter der „Times“ über die Prüfung des den alliierten Regierungen im letzten Mai unterbreiteten belgischen technischen Planes durch die Reparationskommission, die Bezeichnung des Ruhrgebiets sei einfach eine Methode gewesen, um einen Druck auf das Deutsche Reich auszuüben, seine Reparationsverpflichtungen auszuführen. Sie habe keinen anderen Zweck verfolgt. Die Operation sei erfolgreich gewesen, da der Widerstand aufgehört habe. Die britische Regierung habe vorgeschlagen, daß eine internationale Kommission gebildet wird, um die Zahlungsfähigkeit Deutschlands abzuschätzen. Frankreich und Belgien hätten diesen Vorschlag für unannehmbar gehalten. Belgische Sachverständige hätten die Frage der Zahlungsfähigkeit des Reiches untersucht und den Alliierten einen technischen Plan unterbreitet. Die britische Regierung habe dann vorgeschlagen, diesen Plan an eine internationale Kommission zu verweisen, indem sie dabei blieb, daß die Reparationskommission nicht eine unparteiische Körperschaft ist. Poincaré habe sich diesem Vorschlag widersetzt und darauf bestanden, daß die Reparationskommission allein befugt sei, sich mit dieser Frage zu befassen. Die britische, französische und italienische Regierung hätten jetzt erklärt, daß die Reparationskommission dazu übergehen könne, die belgischen technischen Vorschläge zu untersuchen. Die belgische Politik der Ausgleichung habe daher zu einem Ergebnis geführt.

In einem Leitartikel schreibt „Times“, die belgische Regierung müsse beglückwünscht werden, daß sie einen lobenswerten Wunsch zeigte, die Aufmerksamkeit der Alliierten von neuem auf konstruktive Vorschläge zu lenken. Selbst die am wärmsten mit Frankreich Sympathisierenden würden seiner beharrlichen negativen Haltung ein wenig müde. Deutschlands Angebot vom 7. Juni sei verworfen worden, ohne erwogen zu werden, mit der Begründung, daß der passive Widerstand von Berlin nicht abgestellt worden sei. Vor drei Wochen sei der passive Widerstand von der deutschen Regierung eingestellt worden, aber immer noch sei Poincaré der Ansicht, daß nichts von Frankreich unternommen werden solle, weil individuelle Fälle des Widerstandes weiterhin im Ruhrgebiet vorkämen. Sogar diese schienen jetzt verschwunden zu sein. Die Deutschen erglänzen ihre Bereitschaft zu arbeiten, und Poincaré warke auf Poincaré. Auf diese Weise werde man überhaupt keinen Fortschritt machen. Ein erster Schritt müsse getan werden, und der erste Schritt sei zweifellos, Deutschland in die Lage zu versetzen zu zahlen. Es sei daher notwendig, die Organisationen der deutschen Industrie bis zu dem Punkte wiederherzustellen, wo eine Zahlungsfähigkeit wieder möglich gemacht wird. Die unumgängliche Vorbedingung des belgischen Planes sei daher eine Reform der deutschen Finanzen.

Gedämpfter Optimismus in England.

London, 16. Oktober. (W.T.B.) Dem diplomatischen Berichtserstatter des „Daily Telegraph“ zufolge wird der Sieg des Reichstanzlers Stresemann über die extremen Elemente auf beiden Seiten des Reichstages in britischen Kreisen als ein zur Stabilität beitragendes Faktum begrüßt. Angesichts der lauwarmen Haltung der französischen Regierung gegenüber dem jetzt der Reparationskommission vorgelegten belgischen Reparationsplan sei aber in denselben britischen Kreisen der Optimismus doch gedämpft. Man sei der Ansicht, daß Präsident Millerands Hebe-Poincarés beharrliche Weigerung, die britischen Pfänder in den besetzten Gebieten zurückzugeben, bis die letzte deutsche Zahlung geleistet ist, nur verstärkt hat.

Der Berichtserstatter des „Daily Telegraph“ erzählt, daß es, trotzdem keine weiteren Debatten über die Außenpolitik und insbesondere die Reparationen in dieser Woche stattfinden werden, falsch sein würde, anzunehmen, daß die in Frage kommende Debatte notwendigerweise bis zur letzten Woche der Konferenz verschoben werden wird. Zuvor könnten Ereignisse eintreten, die die unverzügliche Erwägung durch die Konferenz notwendig machen würden, und die konträren Vorschläge für eine Reichsaussenpolitik, die von den Premierministern der Dominions vorgebracht wurden, würden eine sehr eingehende Untersuchung und Erörterung notwendig machen.

Millerand meldet sich.

Obwohl es in Frankreich nicht üblich ist und dem Geist der Berfassung nicht entspricht, daß der Präsident der Republik öffentlich in die Politik eingreift, hat Millerand am Sonntag zwei Reden gehalten, die in der Pariser Presse ausführlich besprochen

werden: Denn diese Reden gelten als Kuffakt zu den allgemeinen Bahnen vom nächsten Frühjahr. Millerand als einer der Väter des Nationalen Blocks von 1919 wollte offenbar die Anhänger seiner Politik mit einer großen programmatischen Rede sammeln und ihnen die Leitlinie für den kommenden Wahlkampf vorlegen. Obwohl die Hauptrede, die er in Eberzug gehalten hat, außerordentlich lang ist, scheint sie, wenigstens nach den bisher übermittelten telegraphischen Auszügen zu urteilen, für deutsche Leser recht belanglos zu sein. Auf den politischen Bekannte er sich zur Aufrechterhaltung der Bündnisse und erwähnte er, allerdings nur in wenigen Worten, den Sieg Frankreichs an der Ruhr. Die innere Politik scheint dagegen den Hauptteil seiner Ausführungen in Anspruch genommen zu haben; der Präsident der Republik vertritt die Herrschaft des Nationalen Blocks und gab, ähnlich wie 1919, den Kampf gegen den Bolschewismus als Parole aus.

Innerpolitisch ist Millerand jedenfalls um einige Grade reaktionärer als Poincaré. Deshalb wird seine Rede besonders scharf in den Organen der Linken angegriffen. Es ist hingegen bezeichnend, daß er das uneingeschränkte Lob André Tardieus im „Echo National“ ertrotzt, der bekanntlich in heftiger Fehde mit Poincaré steht.

Daß der Präsident der Republik und der Ministerpräsident in scharfem persönlichen Gegensatz zueinander stehen, ist notorisch, obwohl es offiziös dementiert wurde. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß Millerand nicht zuletzt deshalb das Wort ergriffen hat, um die Redefreiheit Poincarés zu durchbrechen und nicht allein seine Person in empfehlende Erinnerung zu bringen, sondern auch die unbestreitbare Tatsache, daß er es gewesen ist, der stets zur Ruhrbefreiung gedrängt, während Poincaré, der sich heute als Triumphtor vernehmen läßt, sich nur wider Willen in das Abenteuer gestürzt hat.

Die Kohlenlieferungsfrage.

Paris, 16. Oktober. (W.B.) Die Agence Havas verbreitet eine Meldung aus Brüssel, worin es heißt, eine Berliner Nachricht teile mit, die deutsche Regierung sei nicht in der Lage, den Industrieländern die Kohle zu bezahlen, die die Allierten liefern. Die Zeitungen glaubten hieraus zu schließen, daß die Reparationskohle nunmehr von Frankreich und Belgien bezahlt werde. Das sei nicht der Fall. Nach den Uebereinkommen, die zwischen den deutschen Behörden und den Besatzungsbehörden abgeschlossen worden seien, werde die Kohle Belgien und Frankreich als Reparation inwertig geliefert. Es sei Sache der Industrieländer, sich bei ihrer Regierung Zahlungen zu sichern.

Anmerkung des W.B.: In der vorstehenden Havas-Meldung ist von Uebereinkommen die Rede, die zwischen den deutschen Behörden und den Besatzungsbehörden abgeschlossen worden seien. Solche Abkommen sind nicht abgeschlossen worden. Dies war schon aus dem Grunde nicht möglich, weil die französische und die belgische Regierung, obwohl die deutsche Regierung in den letzten drei Wochen wiederholt das offizielle Ersuchen an sie gerichtet hat, mit ihr über diese Fragen zu verhandeln, es bisher stets abgelehnt haben. Im übrigen ist die Stellung der Reichsregierung zu der Frage der Finanzierung der Kohlelieferungen in dem am Sonntag veröffentlichten Schreiben des Reichsfinanzministers an Herrn Sinnes dargelegt.

Die britische Reichskonferenz.

London, 16. Oktober. (W.B.) Die Reichskonferenz hielt am Montag nachmittags eine Sitzung ab, die von Lord Salisbury eröffnet wurde. Der Marineminister Amery hielt eine Rede über die Verteidigung des englischen Reiches. Der Sitzung wohnten als außerordentliche Delegierte englischerseits der Chef des Admiralsstabes Lord Beatty, der Kriegsminister Lord Derby und der Chef des Generalstabes, Lord Curzon, bei. Die erwartete Rede Lord Curzons ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Der Öffentlichkeit gegenüber wurden in Anbetracht des vertraulichen Charakters der Versammlung keine Mitteilungen gemacht.

Genosse Aufhäuser erklärt uns, daß er wegen Teilnahme an einer unausschießbaren internationalen Gewerkschaftskonferenz bei der Reichstagsabstimmung am Sonntagabend gefehlt und sich restlos auf den Boden der Erklärung Crispian und Genossen gestellt hat.

Eine Brikettgeschichte.

Von Fritz Müller, Chemnitz.

Zeit: 11. Oktober 1923, abends 7/8 Uhr.
Ort: Wohnung eines Kohlenhändlers.
Personen: A. und B. — Kunden: C. — Kohlenhändler.

A.: Wir wollen die fünf Zentner Briketts bezahlen, die wir vorgestern nachmittags geholt hatten. Wenn es noch uns gegangen wäre, hätten wir die 1,8 Milliarden gleich an Ihre Frau bezahlt. Aber sie wollte das Geld nicht annehmen.

C.: Sie sollte Ihnen auch die Briketts nicht herausrücken. Ich hätte sie Ihnen heute selbst gebracht.

B.: Ja, daß sie so und so viel teurer wären!

C.: Sind sie auch heute kostet ein Zentner 800 Millionen Mark!

B.: Was?!

A.: Als wir die Briketts holten, sprach Ihre Frau aber nur von 360 Millionen Mark!

C.: Das war der Preis von vorgestern! Inzwischen ist der Dollar gestiegen, und da...

A.: Wir wollten aber doch vorgestern bezahlen!

C.: Warum haben Sie denn nicht bezahlt?!

B.: Ihre Frau hat das Geld nicht nehmen wollen!

C.: Da hätten Sie wiederkommen müssen, als ich da war! — Das hat nun alles seinen Zweck. Sie bezahlen heute; und da müssen Sie auch den heutigen Preis entrichten. Macht 4 Milliarden Mark. Weil Sie's sind, will ich auf 3.800.000.000 Mark heruntergehen.

A.: Wir hatten doch neulich jeder 300 Millionen Mark angezählt.

C.: Ja, das war für Steinkohlen.

B.: Wir haben aber doch, weil noch keine Steinkohlen kamen, dafür Briketts bekommen.

C.: Richtig! Also gehen 300 Millionen Mark ab, macht 3,5 Milliarden Mark.

A.: Was?!

B.: Ich denke, bei Ihnen geht alles nach dem Dollar?

C.: Ja, aber ich verstehe Sie nicht recht!

B.: Die 300 Millionen Mark haben wir — hier ist meine Quittung — am 3. Oktober angezählt. Damals galt der Dollar etwa 400 Millionen Mark!

C.: Das ist ausgeschlossen!

A.: Rein, das ist nicht ausgeschlossen. Hier ist eine Zeitung vom 4. Oktober. Da steht:

Ein Dollar = 440.000.000 M.
In New York 400.000.000 M.

Das bezieht sich, wie Sie aus den nachfolgenden Devisenkursen erkennen können, auf den 3. Oktober.

C.: Donnerwetter, Sie haben recht! Aber ich verstehe immer noch nicht, was das mit Ihrer Anzahlung zu tun hat.

A.: Die haben bei einem Dollarstand von etwa 400 Millionen eine Anzahlung von 300 Millionen Mark geleistet. Das waren 3 Goldmark. Geben Sie das zu?

C.: Ja, aber ich...

A.: Heute steht der Dollar auf 6 Milliarden Mark.

C.: Mit 6 Milliarden ist er nachbörstlich gehandelt worden!

B.: Wir wollen nur 6 Milliarden rechnen!

Macht ihn persönlich haftbar!

Verklagt den „Generalstaatskommissar“!

Der bayerische Ausnahmezustand ist nur vier Stunden lang rechtmäßig gewesen. Mit dem Augenblick der Verkündung des Reichsausnahmezustandes war er nach dem klaren Wortlaut und Geist der Verfassung glatz aufgehoben. Dennoch übt Herr v. Kahr als bayerischer Generalstaatskommissar gegen Recht und Verfassung weiter die Gewalt auf Grund der bayerischen Ausnahmeverordnung noch immer aus. Hätte das Reich die nötige Macht dazu — oder vielmehr nach unserer Ueberzeugung nur die nötige Entschlußkraft, — so müßte Herr v. Kahr längst wegen Hochverrats eingekerkert und angeklagt sein.

Es wäre indessen verfehlt, wenn man auf Grund einer tatsächlichen oder eingebildeten Machtlosigkeit des Reichs darauf verzichtete, alle Rechtsmittel in Anwendung zu bringen, um die Verfassungswidrigkeit der bayerischen Ausnahmeverordnung und die Ungültigkeit ihrer Anwendung in einzelnen Fällen feststellen zu lassen. Uns liegt eine Ankündigung unseres Regensburger Parteiorgans, des „Volksblatt“ vor, wonach es auf Grund der bayerischen Verordnung vom 26. September verboten wurde. Ein ähnliches Schicksal haben sozialdemokratische, kommunistische und sogar demokratische Blätter erlitten. Wir möchten daher anregen, daß alle betroffenen Zeitungen und überhaupt alle diejenigen, die unter den rechtswidrigen Maßnahmen des Herrn v. Kahr einen materiellen Schaden erlitten haben, gegen den bayerischen Staat oder noch besser gegen Herrn v. Kahr persönlich auf dem Wege der Zivilklage Schadensersatzansprüche geltend machen. Es ist zwar kaum wahrscheinlich, daß sich ein bayerisches Gericht finden wird, um den Klägern zu ihrem klaren Rechte zu verhelfen. Trotzdem sollten solche Prozesse oder wenigstens ein einziger unter diesen bis zur letzten Instanz geführt werden; denn die höchste Instanz wäre das Reichsgericht, und es kann als absolut sicher angenommen werden, daß rechtschaffene Juristen, die nicht von separatistischer Verbildung geleitet werden, die Rechtswidrigkeit der Kahr'schen Verfolgungsmaßnahmen und daher auch die Berechtigung von Schadenersatzklagen anerkennen werden.

Allerdings läßt es sich voraussehen, daß man in Bayern derartige Prozesse ins Uferlose zu verschleppen suchen wird, um eine Entscheidung des Reichsgerichts erst zu einem Zeitpunkt erfolgen zu lassen, wo, nach der Hoffnung der bayerischen Reaktion, entweder Bayern überhaupt nicht mehr zum Reiche gehören oder der Kahr'sche Kurs in ganz Deutschland eingeführt sein würde. Deshalb genügt der hier angelegte Weg nicht. Es ist u. E. auch die Pflicht der Reichsregierung, nicht nur im Interesse der widerrechtlich Geschädigten, sondern überhaupt im Interesse der Reichsautorität, eine solche Klärung von sich aus herbeizuführen, die ganz im Sinne des von allen Koalitionsparteien im Reichstag angenommenen sozialdemokratischen Antrags liegt.

Deshalb erwarten wir vom Reichskabinett, daß es den Reichsjustizminister dazu ermächtigt, unverzüglich eine Entscheidung des Reichsgerichts in Leipzig über die Ungültigkeit der bayerischen Ausnahmeverordnung und sämtlicher Maßnahmen, die kraft dieser erlassen wurden, herbeizuführen.

Sachsen und Bayern.

Reaktionäre Einheitsfront gegen Sachsen.

Wenn es noch eines Beweises für die Notwendigkeit bedürft hätte, den Ausnahmezustand entweder überall anzuwenden oder ihn aufzuheben, dann wäre er durch die Haltung der gesamten reaktionären Presse hinlänglich erbracht. Die Tatsache, daß in Sachsen eine rein sozialistische Regierung besteht — die jetzt durch Hinzunahme von zwei Kommunisten zu einer sozialistisch-kommunistischen Koalitionsregierung umgewandelt wurde —, hat schon seit Monaten ein wahres Trommelfeuer von Tatzernachrichten aus „Sowjetsachsen“ ausgelöst. Der Zweck war mehr als durchsichtig. Man mußte dem Spießherren heillosen Schrecken einjagen, um dann um so ungestörter die Politik

der Einschüchterung der Arbeiter betreiben zu können. Das man die Schauer nachrichten und die Meldungen über „Terrorakte“, so mußte man zu der Ueberzeugung kommen, daß in Sachsen wirklich Bild-Beist etabliert worden sei.

Nachdem der Boden genügend beackert war, kam der bayerische Staatsrat, der einen Kahr zum Diktator bestellte, kam der Reichsausnahmezustand, der den bayerischen außer Kraft setzen sollte. Sollte tatsächlich diktiert Kahr weißblau, und der Ausnahme-General v. Boffow sieht zu. Aber der General Müller in Sachen ist aktiver. Er verbietet proletarische Hunderttausenden, während in Bayern die Hitler-Banden ungestört weiterarbeiten können. Und die Reaktion jubelt. Die Republik bietet ihr selbst dar, was sie erstrebt. Allerdings ist das Verbot der Hunderttausenden ein „Schlag ins Wasser“, wie die „Dresdener Volksztg.“ mit Recht betont; denn eine Abwehrorganisation gegen reaktionäre Ausschüßelste können die Arbeiter sehr leicht bilden, wenn sie im Ziel einig sind. Man kann ihnen alles verbieten: Versammlungen, Zeitungen u. dgl., aber man kann sie nicht hindern, in der Werkstatt, auf dem Wege zur Arbeit und von der Arbeit sich über das zu verständigen, was ihnen am Herzen liegt. Das hat schon das Sozialistengesetz gezeigt, und das kann jeder jeden Tag neu erfahren.

Borauß es aber den Treibern ankommt, die diese Verbote fordern und bejubeln, ist die sozialistische Bewegung selbst zu treffen. Nicht nur eine militärisch organisierte Lebensform. Aber der Schlag geht daneben. Er ruft nur eine Verbitterung in den Herzen herbei, die aus Ueberzeugung für die Republik eintreten und nun sehen müssen, daß die Republik ihre staatlichen Machtmittel gegen sie selbst anwendet, ohne den bayerischen Kampfbanden ein Haar zu krümmen.

Die Bayern werden inzwischen immer kühner. Sie erteilen dem Reichswehrminister bereits Weisungen, was er mit dem General Boffow tun oder lassen darf, der in München gegen Kahr so völig verlagte. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ veröffentlichten in auffallendem Fettdruck folgende, offensichtlich inspierte Mitteilung:

„Der Fall Boffow. Ueber die Stellung des bayerischen Wehrtrainskommandeurs, des Generals von Boffow, wird in manchen nicht bayerischen Blättern so geschrieben, als wäre seine Stellung Gegenstand von Verhandlungen mit ihrem möglichen Folgeerscheinungen von Zugeständnissen, Nachgiebigkeiten oder Auftrumpfungen sein. Ob eine solche Auffassung in Berlin tatsächlich besteht, läßt sich hier in München schwer feststellen. Bei den Münchener maßgebenden Stellen aber herrscht kein Zweifel, daß ein Wechsel in der Befehls des Wehrtrainskommandos nicht in Frage kommen kann.“

Das ist eine so unverhämte Herausforderung, daß sie nur einer Antwort würdig ist; ob diese Antwort erteilt wird, ist allerdings bei der Haltung der Reichsregierung und ihrer Mehrheit eine andere Frage.

Für uns ist die Situation aber ganz klar. Entweder kann und will das Reich in Bayern Ordnung schaffen — schön! Oder es kann und will nicht, dann muß es den Belagerungszustand aufheben und sich nicht durch die Schwärze in Sachsen irritieren lassen. In Sachsen herrscht eine — was auch immer gegen sie gesagt werden mag! — republikanische Regierung, in der sogar die Kommunisten die bestehende Verfassung durch Eid anerkennen. In Sachsen ist eine in ihrer großen Mehrheit republikanische Bevölkerung. Von ihr Gefahren für den Bestand der Republik zu erwarten, ist lächerlich oder verlogen! Also fort mit dem Ausnahmezustand, wenn er nicht auch in Bayern durchgehört werden kann.

Regierungskrise in Bulgarien. Die Regierung hat beschlossen, das Moratorium nicht zu verlängern. Die Regierung sieht wieder vor einer Krise, weil die Sozialdemokraten mit der ihnen angebotenen Anzahl von Mandaten nicht einverstanden sind.

Keine Truppenverrückungen an der russischen Westgrenze. Anlässlich der in der estländischen Presse verbreiteten Alarmgerüchte, wonach man in Sowjetrußland eilige Vorbereitungen für den Umsturz in Deutschland treffe, erklärte der russische Botschafter in Berlin, Kieffski, laut „Ost-Express“, daß diese Gerüchte völlig aus der Luft gegriffen seien, und zwar sowohl in bezug auf die angeblichen russischen Truppenverrückungen als auch hinsichtlich der weiteren daran geknüpften Kombinationen.

A.: Auf Grund dieses Dollarstandes sind 3 Goldmark 4 1/2 Milliarden Mark. Soviel haben wir angezählt. 4 Milliarden sollen die Briketts kosten. Da müssen Sie also...
C.: ... eine halbe Milliarde herauszahlen??
B.: Eigentlich!
C. (bekommt einen Tobsuchtsanfall) — — —
A. (nachdem sich C. beruhigt hat): Herr B. hat doch nur „eigentlich“ gesagt. Wir wollen Ihnen einmal zeigen, wozu das führt, wenn man alles nach dem Dollarstand berechnen will!
C.: Was soll denn nun werden?
B.: Wieviel sollen die Briketts kosten, 1,8 oder 4 Milliarden?
C.: Ich würde Sie Ihnen ja gern zum Preise von vorgestern lassen, aber...
A.: Aber wir sollen die Anzahlung nicht nach dem Dollarstand berechnen?
C.: Ich dachte, die fünf Zentner Briketts sollen kosten: 360 Millionen mal 5 weniger 300 Millionen, macht 1 1/2 Milliarden.
B.: Damit sind wir einverstanden.
A. und B. (bejapen und verabschieden "4).
C.: Den verfluchten Dollar soll doch der Teufel holen!

Zußeuchtigkeit und Wohlbefinden.

Der Umstand, daß sie die trockene Zimmerluft als den Atmungsorganen schädlich ansehen, veranlaßt viele Menschen, auf Dejen oder Heizkörper Wasserschalen aufzustellen. Weil sie leicht eine trockene Reize bekommen, sobald sie sich längere Zeit im Zimmer aufgehalten haben, glauben sie, der allzu geringe Feuchtigkeitsgehalt der Luft sei hierfür verantwortlich zu machen. Indessen liegen hier ganz andere Ursachen zugrunde. Menschen, die an einem „trockenen Gefühl“ im Halse leiden, behaupten oft, daß sie die Trockenheit förmlich schmecken könnten. Diese Beobachtung führt in vielen Fällen auf den wahren Grund der Sache. Gewöhnlich handelt es sich nämlich um nichts weiteres als eine Art von Trockendehydratation der auf der Wärmeleistung befindlichen Staubteilchen. Dieser Staub, der in der Hauptsache durch die Fenster hereinschießt, enthält Hornstoffe, die bereits bei ziemlich niedrigen Wärmegraden auszufälligen.

Die Aufstellung von Verbundungschalen zur Bekämpfung des Trockenheitsgefühls hat, wie erwiesen ist, in den allermeisten Fällen höchstens suggestive Wirkung. Die Luft, die wir ausatmen, ist ja stets mit Feuchtigkeit gesättigt, und da Wasserdampf leichter ist als Luft, strebt sie in die Höhe, und das um so schneller, je trockener die Luft ist. Je feuchter die Luft ist, desto schwerer ernstet sich also die ausgetretete Luft vom Ausatmungsreis, und wenn auch diese verbrauchte Luft an sich kein starkes Gift darstellt, so ist doch ihre schädliche Wirkung auf den Körper recht bedeutend und kann in gewissen Fällen die wichtigsten Funktionen des Körpers stören. Das ist ja auch eine wohlbekannt Erfahrung aus allen Fabriken, wo die Arbeit bei großer Wärme und hoher Luftfeuchtigkeit vor sich geht, wie bei Bäckereien, Wäschmanufakturen, Baumwollwebereien, Eruben ujm. In solchen Betrieben ermüden die Arbeiter sehr schnell und die Leistungsfähigkeit ist beeinträchtigt. Welcher Feuchtigkeitsgrad von hygienischen Standpunkt aus der beste ist, hängt von der Temperatur ab. In geheizten Räumen von 18 bis 20 Grad Wärme ist nach Professor

Rubner ein Feuchtigkeitsgehalt von 40 bis 50 Proz. wünschenswert, vorausgesetzt, daß man sich dort in leichter Kleidung und bei unbeeinträchtigter Luft und körperlicher Ruhe aufhält. Das Trockenheitsgefühl in Räumen mit Zentralheizung ist oft nichts als ein Reizgefühl der Luftwege durch den Staub, der von den Heizkörpern aus in Bewegung gesetzt wird. Die Verbundungschalen machen freilich die Luft feuchter, vermögen sie jedoch keineswegs zu verbessern. Es ist daher das größte Gewicht darauf zu legen, Zentralheizkörper so staubfrei wie möglich zu halten.

Naturbilder aus China führt in Iraniaorträgen der Forschungsgesellschaft Dr. Handel-Razetti vor (noch am 16. und 17. abends 6 Uhr). Dr. Handel unternahm während des Krieges zusammen mit anderen eine Expedition im Westen und Nordwesten des himmlischen Reiches; er berührte teilweise unerforschte Gebiete. Er hat eine reiche Ausbeute an Aufnahmen (zum Teil farbigen) mitgebracht, die eine gute Anschauung von dem Charakter des Landes, insbesondere von der Pflanzenwelt, vermitteln. Im ersten Vortrag wurde das Hochland von Yunnan und Südwest-Sichuan behandelt. Der Mittelteil des Yangtse mit seinen parallelen Nebenflüssen durchfließt in nordöstlicher Richtung die Provinz und bildet den Zugang zu dem 5-6000 Meter hohen Zentralgebirge. Tier- und Pflanzenwelt sind außerordentlich reich, auch die Bevölkerung bietet viel Interessantes (wozu man gern mehr gehört hätte). Die vorgeführten Pflanzenbilder waren von eigenartiger Schönheit.

Dichten nach Noten. Eine der neuesten Errungenschaften der futuristischen Dichtkunst in Italien ist die, daß die Verse eines Gedichtes auf Notenpapier geschrieben und bald mit Noten versehen werden, um die besondere Tonlage der einzelnen Worte zu kennzeichnen. Der Futurist verbindet also auf diese Weise bereits Musik und Dichtung miteinander. Mascagni hat erklärt, daß das nicht Neues sei. „Jedesmal, wenn ich einen Text erhalte, den ich komponieren soll“, sagte er, „sehe ich vor meinem geistigen Auge schon die Noten zu den einzelnen Worten. Ich höre bereits die Musik, die noch nicht komponiert ist. Was also der Komponist schon immer ganz von selbst tut, das haben jetzt die Futuristen popularisiert und eine neue Sensation daraus gemacht.“ Mascagni erzählt von seiner Zusammenarbeit mit D'Annunzio, als er dessen „Parifina“ in Musik setzte. Der Komponist las dem Dichter den Text laut vor, um festzustellen, ob er die Verse richtig ihrem Tonwert nach behandle. Da sagte D'Annunzio eines Tages zu Mascagni: „Sie lesen ja nicht meine Verse, sondern Sie singen sie!“ Francesco Cangiullo, der Führer der neuen Bewegung, die „nach Noten dichtet“, sagte daraufhin, Mascagni sei also ein Futurist, was dieser wohl oder übel zugeben mußte.

Akademie-Vorträge. Die Preussische Akademie der Wissenschaften veranstaltet auch in diesem Winter eine Reihe öffentlicher Vorträge. Am 27. Oktober spricht Prof. Dr. Wiegand über „Die antike Kultur West-Asiens“, am 17. November Prof. Hellmann über „Welt und Menschheit des Mittelalters“, am 8. Dezember Prof. Dr. Erich Kardt über „Napoleon I. und Alexander von Rußland“, am 19. Januar Prof. Dr. Wladimir Roßendorf über das Thema: „Erkenntnis der Welt“. Die Vorträge finden im Refektor der Akademie pünktlich 7 1/2 Uhr statt. Eintrittspreise für 6 Vorträge 1,25 M., Einzelvorträge 0,25 M., multipliziert mit der Zuschauerkapazität.

„Ohne Sachverterfassung keine Lösung“.

Breslau, 15. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Auf einer Bezirkskonferenz der mittelschlesischen Sozialdemokratie referierte am Sonntag Reichstagsabgeordneter Dr. Kurt Geyer, der die Neubildung der großen Koalition mit Entschiedenheit als das einzige Mittel zur Verhütung des Bürgerkrieges und der Rechtslosigkeit verteidigte. An der sich anschließenden gründlichen Aussprache beteiligte sich auch Reichstagspräsident Löbe, der Zweifel dahin äußerte, ob die große Koalition in der Lage sein werde, die notwendige Beteiligung des Reiches am Ertrag der privaten Produktion durchzuführen und ferner bei dem kommenden Zusammenstoß von Rot und Weiß die erforderliche radikale Beschloßnahme von Gold, Brillanten usw. durchzuführen, und der im übrigen die jetzt kommende Währungsreform nur als ganz kurzfristigen Übergang zu einer reinen Goldwährungsreform im Sinne von Dr. Schacht für möglich erklärte. Gegen wenige Stimmen wurde von der auch aus Ober- und Niederschlesien stark besuchten Konferenz folgende Entschließung angenommen:

„Die Bezirkskonferenz der mittelschlesischen SPD. würdigt bei allen Bedenken die Gründe, die die Reichstagsfraktion für den Wiedereintritt in die Reichsregierung bestimmt haben. Die Konferenz hält die Geschlossenheit der Partei in dem bevorstehenden Kampfe für die wichtigste Vorbedingung des Erfolges der deutschen Arbeiterklasse und ruft daher die Parteigenossen auf, jetzt unsere Wachposten inner- und außerhalb der Reichsregierung nicht durch unruhigenden Streit zu schwächen, sondern die Reihen fester gegen den Ansturm der nationalistischen, agrarischen und schmerindustrialistischen Reaktion auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet zu schließen. Die Konferenz verlangt von der Reichsregierung sofort Sicherungsmassnahmen zur Versorgung der Bevölkerung, vor allem mit Brot und Kartoffeln, ferner entschiedene Massnahmen zur Durchsetzung des Reichsrechts in Bayern und die Umwandlung des militärischen in den zivilen Ausnahmezustand im ganzen Reiche. Von der Währungsreform erwartet die Konferenz nur dann Erfolg, wenn radikale wirtschaftliche und finanzpolitische Massnahmen im Sinne unserer Forderungen sie raschestens ergänzen. Ohne eine Erfassung der Sachverhalte erwartet die Konferenz keine Dauerlösung des Reparationsproblems.“

Der Reichsinnenminister in Köln.

Köln, 15. Oktober. (U.) Der Reichsminister des Innern, Solimann, ist heute in seiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter der besetzten Gebiete in Köln eingetroffen, um sich persönlich über die Verhältnisse des Rheinlandes zu unterrichten, die in den letzten Tagen zu so schweren Ausbrüchen der Volksstimmung in mehreren Rheinstädten geführt haben. Er erklärte einem Vertreter der „Kölnischen Zeitung“, daß die Reichsregierung die Vorgänge im besetzten Gebiet mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgt. Leider seien durch die Rabinetstriebe die notwendigen Beschlüsse verspätet erfolgt und die Weigerung der französischen Regierung, einen Reichskommissar für die besetzten Gebiete zuzulassen, habe die Schwierigkeiten gesteigert. Die Unzulänglichkeit der Arbeitslosenunterstützung für die besetzten Gebiete sei zuzugeben. Am gestrigen Sonntag haben in Berlin zwischen dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, der ebenfalls Rheinländer ist, und den Vertretern der Länder Besprechungen über eine Erhöhung der Erwerbslosenätze stattgefunden. Den Erwerbslosen der besetzten Gebiete werde durch sofortige Zuschüsse geholfen werden. Die Reichsregierung werde fortfahren, direkte Verhandlungen mit Frankreich und Belgien über die Inangabe des wirtschaftlichen Lebens in den besetzten Gebieten anzustreben. Solange die französische Regierung sich ablehnend verhalte, müsse und werde die Reichsregierung indirekt ihren Einfluß geltend machen, damit die einst so blühende Wirtschaft sich wieder erhole.

Zurück zur Arbeit.

Aus dem Ruhrgebiet wird mitgeteilt: Der Ruf des Reichsverkehrsministers an die Eisenbahner in den besetzten Gebieten zeigt, daß von deutscher Seite alles getan wird, um eine Entpannung der Lage herbeizuführen. Wie aus Kreisen der Eisenbahngewerkschaften verlautet, werden auch diese ihren ganzen Einfluß aufbieten, damit die allgemeine Arbeitsaufnahme sich möglichst schnell und reibungslos vollzieht. Eine grundlegende Veränderung der Lage kann allerdings nur dann herbeigeführt werden, wenn der Güter- und Personenverkehr wieder auf den Stand vom 11. Januar dieses Jahres gebracht wird. Dem Vernehmen nach beabsichtigt die Regie, einstweilen nur den Verkehr auf den großen Ost-Weststrecken zu verstärken. Solche Massnahmen allein sind nach Ansicht führender Wirtschaftskreise nicht geeignet, eine Rückkehr zu normalen Zuständen zu gewährleisten. Es ist deshalb beantragt worden, daß mit größtmöglicher Beschleunigung alle stillgelegten Strecken wieder in Verkehr genommen und daß die Anschlüsse nach dem unbesetzten Gebiet sichergestellt werden. Weiter müssen auch die Anschlußgleise der Zechen wieder freigegeben werden.

Die schnelle Wiederherstellung des Eisenbahnbetriebes ist für das Ruhrgebiet vor allem deshalb außerordentlich wichtig, weil gerade in diesen Tagen die Versorgung des Gebietes mit Lebensmitteln, insbesondere Kartoffeln, für den Winter erfolgen muß. Für die Stadt Essen werden allein 5000 Bagnons für den Kartoffeltransport benötigt. Derartige Transporte sind nur bei weiterer Freigabe stillgelegter Strecken zu bewältigen. Eine Besserung der Belagerte kann aber auch nur dann eintreten, wenn die militärischen Eingriffe in die Wirtschaft ein Ende finden. Die gestern erfolgte Besetzung der Zechen Graf Beust und Herkules hat neue Erregung unter der Arbeiterchaft hervorgerufen, da eine solche Besetzung nach Aufgabe des passiven Widerstandes völlig sinnlos ist und sich bei gutem Willen Transport- und Verlademöglichkeiten finden werden.

Die Reichsregierung hat besondere Massnahmen getroffen, um die schweren Folgen der neuesten Marktenwertung für die besonders bedürftigen Bevölkerungsgruppen, insbesondere auch für die Erwerbslosen abzumildern. Dabei ist für die Erwerbslosen im besetzten Gebiet noch eingehender Erörterung mit den Vertretern der beteiligten Länder und der preussischen Regierungspräsidenten das Nachfolgende angeordnet worden:

In der Woche vom 15. bis 20. Oktober sollen die Erwerbslosen des besetzten Gebietes neben etwaigen Schlusszahlungen, die noch für die Periode vom 10. bis 16. Oktober zu leisten sind, Zuschüsse auf diejenigen Unterstützungsätze erhalten, welche vom Reichsarbeitsministerium am 15. Oktober für die Kalenderwoche vom 15. bis 20. Oktober festgelegt wurden. Diese Zuschüsse dürfen die folgenden Beträge nicht übersteigen, das Dreifache der Hauptunterstützung und das Doppelte der Familienzuschläge, wie sie in der Periode vom 10. bis 16. Oktober im unbesetzten Deutschland galten.

Die Zuschüsse können in ihrem halben Betrag bereits in der ersten Hälfte der Woche ausgezahlt werden. Die Schlusszahlungen für die Woche vom 15. bis 20. Oktober sind mindestens am Dienstag, den 23. Oktober, zu leisten. Von da an sind die Gemeinden bis auf Widerruf ermächtigt, in der Mitte jeder Woche einen Vorbehalt auf die Unterstützungsätze dieser Woche zu leisten, der die Höhe der vorhergehenden Woche nicht übersteigen darf. Die Schlusszahlung ist dann jedesmal bis zum Dienstag der folgenden Woche zu entrichten.

Kinderflucht vor der Dollarfrau.

Das war heute früh zwischen 7 und 8 Uhr in der Halle des Stettiner Bahnhofs. Draußen war im weißen Oktobernebel die Stadt schon lange munter geworden, und man sah die Tapferen auf den Straßen, wie sie dem täglichen Kampf wieder mutig entgegen gingen.

In der kalten leeren Halle verschwand fast ein Trüpplein von Kindern, die freundlich Menschen in Dänemark dem deutschen Hungerknecht auf eine Weile entziehen wollten, ein Trüpplein kleiner Leute, das, eng an die rote Backsteinmauer gedrückt, stolz und froh ein Täfelchen auf der Brust zeigte, das ja eines glütigen Gastgebers Name und Adresse im fremden Lande trug. Gewißheit für eine kurze Zukunft auf ein sauberes Bett, eine sichere Häuslichkeit, eine lässliche Suppe mit Fleisch und Milch und Butter. Das alles in Sicht, viel Licht und Luft gehüllt. Kostbarkeiten, die des eigenen Landes Bauernschaft wohl auch reichlich besitz, aber nur den Dollarsegneten spendet. An den auswanderungstrogen Kindern vorbei rollt eine mit Kiepen schwer beladene Frau des gesegneten deutschen Landes. Rollt, ohne Blick auf das kleine sehnsüchtige Gewürm, auf der einzig schon offenen Verkaufstand des Zeitungshändlers zu und fragt — — — Fragt nicht nach einer Zeitung, sondern frisch und munter nach dem Dollarstand: „Können Sie mir nicht sagen, wie der Dollar steht?“ Fragt, früh zwischen 7 und 8 Uhr in der Halle des Stettiner Bahnhofs nach dem Dollar.

Nein, man sagt es der Guten nicht, wie der Dollar steht. Der Händler antwortet etwa: „Erstens weiß ich es nicht, zweitens würde ich es Ihnen nicht sagen, wenn ich es wüßte, denn ich vermag nur anzunehmen, daß Sie Ihre Eier nach dem Dollar verkaufen wollen, und wenn Sie das doch tun, so will ich an dieser Bereicherung wenigstens nicht schuld sein.“ — Das nahm unsere gute Frau vom Lande mißbilligend und brummend zur Kenntnis, zog es aber doch vor, hinter dem Trüpplein der verelendeten Kinder, die ihre und ihrer Besinnungsgenossen Habgier und Raffsucht ins Ausland treibt, zu verschwinden. Dollarliebend, losgelassen auf die große hungernde Stadt, deren Kinder gerade in die schühend offenen Arme des fremden Landes jubren — — —

Kartoffeln gib's nicht!

Wir Berliner klagen, daß wir keine Kartoffeln kriegen, während bei den großen Landwirten die Kartoffelvorräte aufgehäuft sind. Es ist ein bitterer „Trost“ für uns, daß manchmal auch Kleinbäuer, wenn sie sich nicht selber mit Kartoffeln versorgen konnten, von Landwirten nicht besser behandelt werden. Aus Hinterpommern erfahren wir, daß in Tempelburg der dortige „Stadt- und Landbote“ vor kurzem diese Annonce gebracht hat: „Kleinvorkauf von Kartoffeln muß ich wegen der damit verbundenen Arbeits- und Gespannerversäumnis bestimmt ablehnen. Wessell, Hohenfelde.“ Man berichtet uns, daß Gutsbesitzer Wessell, seine in Laubden von Jentnern geernteten Kartoffeln waggonweise den Großhändlern liefert. Arbeiter, Angestellte, Beamte, Kleinbürger, die Kartoffeln für den täglichen Bedarf brauchen, möge leben, wo in dem Kartoffelland Pommern sie das unentbehrliche Nahrungsmittel kriegen. Bei dem Großhändler Wessell ist es für sie um Geld und gute Worte nicht zu haben, wenn sie die kleinen Mengen verlangen, die ihrem Bedarf und ihrer geringen Kaufkraft entsprechen.

Beschränkung bei Grundstücksverkäufen.

Die Frage der Sicherstellung von Steuern.

Auf eine kleine Anfrage über die Ausführung des Gesetzes über den Verkehr mit Grundstücken vom 10. Februar 1923 erteilt, dem Amlichen Preussischen Pressedienst zufolge, der Minister für Volkswirtschaft die folgende Antwort:

„Gemäß § 4 Ziffer 5 des Gesetzes über den Verkehr mit Grundstücken vom 10. Februar 1923 kann die Genehmigung eines Grundstücksgeschäfts versagt werden, wenn zu befürchten ist, daß die aus Anlaß der Grundstücksveräußerung fällig werdenden Reichs-, Staats- und Gemeindeabgaben nicht pünktlich und vollständig gezahlt werden. Besteht eine derartige Befürchtung, so liegt es im Interesse der an dem Grundstücksgeschäft Beteiligten, daß sie in die Lage versetzt werden, diese Befürchtung und damit die Voraussetzung für eine Verlegung der Genehmigung durch geeignete Massnahmen — z. B. Sicherstellung — zu beseitigen. Bestimmungen, die den Beteiligten die Möglichkeit verwehren, eine sonst zu erwartende Verlegung ihrerseits abzuwenden, sind im Gesetz nicht enthalten. Im übrigen wird auch durch den Erlaß vom 13. Juni keineswegs ausgesprochen, daß grundsätzlich „gegen das Verlangen der Sicherstellung von Steuern vor Erteilung der Genehmigung Bedenken zu erheben sind“. Ein derartiges Verlangen wird vielmehr ausdrücklich nur für zulässig erachtet, „sofern im Einzelfalle die in § 4 Ziffer 5 des Gesetzes angeführte Befürchtung besteht“.

Verlängerung von Straßenbahnlinien.

Mit dem heutigen Tage hat die Straßenbahn eine Anzahl Linien verlängert, und zwar wird die Linie 15: Augustenburger Platz (Birchow-Krankenhaus) — Hermannplatz, durch die Berliner und Bergstraße bis Bahnhof Reutlin weitergeführt; Linie 44: Köpenicker Bahnhof — Kaiserplatz, wird durch die Kaiserallee und Schloßstraße bis Bahnhof Steglitz verlängert; Linie 57: Rosened. bzw. Emmer Platz — Pappellasse, wird durch die Schönhauser Allee bis Pantan. Breite Straße, geführt; Linie 64: Hohenschönhausen — Bahnhof Heerstraße, wird im Westen bis Bahnhof Zoologischer Garten verlängert; Linie 54: Spanbau (Halensfeld) bzw. Stadtpart) — Kupfergraben, vom Anie anstatt durch den Tiergarten zum Kupfergraben über Hardenbergstraße, Kleiststraße, Rollendorfsplatz, Bälowsstraße, Potsdamer Straße, Straße, Potsdamer Platz, Leipziger Straße bis Spittelmarkt geführt und Linie 75: Bahnhof Heerstraße, Kollernweg, Bismarckstraße, Anie, Tiergarten, Brandenburger Tor, Kupfergraben, wird wieder zum Erlaß für die auf dieser Strecke ausfallenden Linien 64 und 54 in Betrieb genommen.

Ein verhängnisvoller Irrtum.

Der Kriminalassistent A. in der Dolziger Straße hat in einer der letzten Nächte seinen eigenen Sohn, den er für einen Verbrecher hielt, angeschossen. A., dessen Frau Wäsche auf dem Boden aufgehängt hatte, hörte in der Nacht ein verdächtiges Geräusch und erriechte einen Hausgenossen, einen Arbeiter Ernst S. beim Diebstahl. Mehrere Schüsse, die er auf den Fliehenden abgab und die ihn an den Beinen trafen, veranlaßten seinen Sohn, ohne daß der Vater es wußte, ebenfalls nach dem Boden zu gehen. Als A. in der Dunkelheit in einem der Seitengänge einen zweiten Mann hörte, hielt er auch diesen für einen Eindringler und schoß auch auf ihn. Zu spät erkannte er, daß er seinen eigenen Sohn durch einen Bauchschuß so schwer verletzt hatte, daß er nach dem Krankentransport am Friedrichshain gebracht werden mußte. S. konnte in seiner Wohnung bleiben.

Millioneneinbrüche und Milliardenbelohnungen.

Von Einbrechern schwer heimgejagt wurde in der Nacht zum Sonntag der Baumeister Korn in der kleinen stillen Maienstr. 5 in der Gegend des Rollendorfsplatzes. Die Verbrecher erbeuteten u. a. ein silbernes Tabakett im Gewicht von 2½ Pfund, einen silbernen Wasserfaß mit Ständer, eine silberne Kaffeekanne, Teefanne, Milchkanne, Zuckertüte mit Zange, Brotkörbe, Obstschale mit vier Äpfeln, innen vergoldet mit Blumenmuster. Auf die Wiederbeschaffung ist eine Belohnung bis zu 100 Millionen ausgesetzt. — Für

2 Billionen Schmuckfachen seien Einbrechern bei einer Witwe Böme in der Windscheidstr. 9 in die Hände: ein goldenes Armband mit Brillanten, eine Brosche aus Dulatengold mit einem Füllhorn und einem großen Rubin, eine goldene Brosche mit einem Saphir u. a. m. — Bei Böttcher in der Wilmersdorfer Straße 36 stahlen unbekanntes Verbrecher ebenfalls für einige Billionen Silberzeug und Schmuckfachen, darunter einen Granatschmuck, Broschen, ein Kollier, Armbänder, Ohrringe usw. — Bei einem Schmuckmeister in der Wilmersdorfer Straße wurden aus dem Kühraum für 2 Billionen Russischer Kollifanten usw. gestohlen. — Aus einem Lagerkeller aus der Friedrichstr. 72 wurden 550 Pfund amerikanisches Schweinefleisch im Werte von 1 Billion Mark gestohlen und bei einem Gastwirt in der Ritterstraße für 2 Billionen Mark Kleidungsstücke und Schmuckfachen aus der Wohnung, während die Eheleute im Geschäft waren.

Tumulte am Rathaus.

Eingreifen der Schutzpolizei. — Einige Verletzte.

Vor dem Rathaus in der Königstraße ist es heute vormittag zu sehr bedauerlichen Tumulten gekommen. In der zehnten Vormittagstunde machte sich in der Umgebung des Rathauses ein auffallend starker Verkehr bemerkbar; aus allen Nebenstraßen strömten konzentrisch größere und kleinere Trupps zusammen, die sich bald zu einer großen Ansammlung vor dem Rathaus verdichteten. Die Menge, die sich größtenteils aus Erwerbslosen — darunter auffallend viele Frauen — zusammensetzte, nahm schließlich eine drohende Haltung ein und machte Miene, in das Rathaus einzudringen. Dies Vorhaben mißlang, da die Eingangstore schließend geschlossen wurden. Nur eine Deputation der Erwerbslosen wurde eingelassen und am Stadtrat Prühl verwiesen.

Inzwischen kam es auf der Straße zu erregten Szenen. Da die Massen, die revolutionäre Lieder sangen und ihrer Unzufriedenheit auf jede Weise Luft machen, nicht wankten und wichen, sondern noch fortwährenden Jubel erzielten, griff die Schutzpolizei, die auf Lastkraftwagen herbeigeeilt war, ein, um die Ansammlungen aufzulösen. Durch Bildung langer Ketten versuchten die Beamten, die von den Radikalen mit Beschrei empfangen wurden, die Massen vom Rathaus abzuwandern. Diesem Vorhaben wurde aber fast überall erheblicher Widerstand entgegengekehrt. Es kam dabei zu tumultarischen Szenen, in deren Verlauf die Polizei sich schließlich genötigt sah, das Seitengewehr aufzupflanzen und mit gefälliger Waffe die Angreifer zurückzutreiben. Es gelang, die Demonstranten bis zum Radikalen bis zum hohen Steinweg, zur Nikolikirche und zum Marktplatz zurückzutreiben, wobei mehrere durch Hiebe mit der blanken Waffe verletzt wurden. In dem fürchterlichen Gedränge fielen zahlreiche Frauen in Ohnmacht, bei anderen löste sich die Erregung in Schreikämpfe aus, viele erlitten auch im Gedränge selbst mehr oder minder leichte Körperverletzungen. Gegen 12 Uhr war der Platz vor dem Rathaus gesäubert, doch hielt die Polizei noch die Umgebung mit harten Kräften besetzt, um eine Wiederholung dieser Szenen unmöglich zu machen.

Wie uns von Augenzeugen weiter berichtet wird, trat die Schutzpolizei sehr zurückhaltend auf. Erst durch das fortwährend aufreizende Verhalten junger Burken wurde es notwendig, den Platz zu räumen.

Also doch Betriebsstilllegung in Beelitz!

In Nr. 476 veröffentlichte wir eine uns vom Vorstand der Landesversicherung Berlin zugekommene Mitteilung. Sie verkündete wörtlich: „Die Landesversicherungsanstalt Berlin wird auch im kommenden Winter ihr gesamtes vorzubehaltendes Heilversahren bis auf eine Einschränkung der Bettenzahl in den Beelitzer Heilstätten voll zur Durchführung bringen. Die Beelitzer Heilstätten bleiben im Winter mit 400 Betten belegt.“ Hierzu schreibt uns der Zentralverband der Angestellten, Gau Brandenburg: „Die Heilstätten Beelitz sind geschlossen; lediglich der Betrieb des Sanatoriums wird aufrechterhalten. Ein Beweis dafür, daß die Heilstätten geschlossen sind, dürfte wohl am besten durch die Tatsache erbracht sein, daß zum 1. Oktober 1923 177 Arbeiter und Arbeiterinnen, 12 Angestellte, 9 Schwestern und auch 3 Mitsiedler des Angestelltenrates gekündigt worden sind.“ Das Schreiben der Gauleitung des Zentralverbandes weist darauf hin, daß der Schlichtungsausschuß in Potsdam bereits zu entscheiden gehabt hat. Er hat die Einsprüche gegen die Kündigungen zurückgewiesen, weil es sich um Betriebsstilllegung handele. Nur die Schwestern sollen unter Streckung der Arbeit weiter beschäftigt werden. Die Gauleitung fragt, ob der Schlichtungsausschuß falsch unterrichtet war oder ob die Landesversicherungsanstalt der Presse eine irrtümliche Darstellung gegeben hat.

Reichsbanknoten über fünfzig Milliarden Mark werden in den nächsten Tagen in den Verkehr gegeben werden. Sie sind auf weißem Papier gedruckt und 86 x 180 Millimeter groß. Das rechtsseitig im Papier eingefasste Wasserzeichen stellt Eisenlaub mit Kreuzdorn in ornamentaler Verarbeitlung dar. Die Wirkung dieses Wasserzeichens wird durch die grüne Färbung des Papierstreifens und die darin eingebetteten orangefarbenen Fasern erhöht. Der Schaurand ist mit der querstehenden Ziffer 50 und dem Wort Milliarden in schwarzer Farbe überdruckt.

3-Milliarden-Scheine will die Stadt Berlin am Donnerstag ausgeben in Gesamthöhe von 100 Millionen. Die Ausgabe erfolgt wie früher auf Grund voller Deckung, die die Stadt hinterlegen muß. 3-Milliarden-Scheine sind jetzt jedenfalls nur noch Kleingeld.

Abwehr gegen Putschgefahren. Eine von den Ortsgruppen der SPD und KPD, am 12. Oktober aberkannt und stark beschulte öffentliche Verammlung in Joffen besetzte sich mit der Bildung einer geschlossenen Front zur Abwehr gegen die Putschgefahren. Eine Resolution, die einstimmig angenommen wurde, lautete: „Die heute im Gewerkschaftshaus Joffen versammelten Angehörigen und Anhänger der SPD und KPD, schließen sich zwecks Herstellung einer gemeinsamen Abwehrfront zusammen und erklären, im Kampfe für ihre Arbeiterrechte und in Verteidigung von Recht und Ordnung wie zur Erhaltung ihrer Lebensinteressen in jeder Gefahr treu zusammenzustehen und den Kampf gegen Kapitalismus und Rechtsputschismus aufzunehmen und in Verbindung mit ihren Klassenpartnern zur Erreichung geordneter Zustände im Reiche mitwirken zu wollen.“

Heber, Bayern und das Reich werden in einer Volksversammlung der Deutschen Volk für Reichsrechte am Mittwoch, den 17., abds. 8 Uhr, im Altem arotem Saal, Holtenstraße 13/15, sprechen: Senatpräsident Freymuth, Landtagsabgeordn. Otto Ruland und der bayerische Reichstagsabgeordnete Goldmann (Bürgermeister von Schweinfurt). Adr Unkosten eine Straßendankkarte; Gewerkschaftsmittglieder die Hälfte, Arbeitslose frei. Ausbeim vorgehen.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgebung. Vermutlich kühl bei nur teilweise bedecktem Himmel, keine erheblichen Niederschläge; schwache westliche Winde.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 19. U. M. Mittwoch, den 17. Okt., abds. 7 Uhr. Bezirksamtliche Versammlung. Lokal: Schuchard, Charlottenstr. 116. Alle parteigenössigen Beamten müssen teilnehmen. — Diese Versammlungen haben regelmäßig jeden 3. Mittwoch im Monat statt. — Ortsvereine Einladungen hierzu ergehen nicht.
- 20. U. M. Freitag, den 17. Okt., 8 Uhr. bei Schuchard, Kollernweg 15. Wirtschafterversammlung. Tagesordnung: Vortrag des Gen. Brandner-Beilng. R. B. über politische Lage. Organisationswesen zum Jubiläumsvorabend. Die Komitee zur Kreisabstimmungsverammlung werden hierbei ausgegeben. Vertretung einladen.
- 116. U. M. Samstag, den 17. Okt., 7 Uhr. in der Wilhelmstr. 10. Sitzung der Parteifunktionäre und Parteiverwaltungsräte. Tagesordnung: Bericht über die heute abend angelegte Vortrag des Genossen Böhmermann wegen der Kreisabstimmungsverammlung um 8 Tage verschoben werden.

